

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Da eine neue Handschrift in Sachen Kommission noch nicht zu erkennen ist, sind alle von mir ausgewählten Informationen (keine Sorge, auch die, die ich mangels Verständnis, Relevanz oder zu großen Details auslasse) deutliche Beispiele einer staatlich gelenkten Planwirtschaft. Die EU hat nichts mehr mit Freiheit oder Marktwirtschaft zu tun, sondern mit einer Lenkung dessen, was die politische Führung als richtig bestimmt. Für mich als freiheitsliebende Liberale wandelt sich meine ursprüngliche Kritik und Rebellion in resignierte Traurigkeit. Ich kann die Briten nach wie vor verstehen, auch wenn ich die Konsequenz des Austritts für die falsche Lösung halte.

Ein Kommentar des DIHK zu den steuerlichen Konsequenzen des BREXITs:

Ein No-Deal-Brexit könnte zu einer Verschärfung des internationalen Steuerwettbewerbs führen, da Großbritannien durch die wegfallende Bindungswirkung des Europarechts und der Rechtsprechung des EuGH mehr Möglichkeiten bei der nationalen Steuergesetzgebung bekommt. Schärfere Abwehrgesetze gegen ausländische Unternehmen und eine zielgerichtete Förderung einzelner Unternehmen oder Branchen sind dann möglich. Auch die Pflicht, Mindeststandards bei der Bekämpfung von Steuervermeidung einzuhalten, fällt für das VK dann weg.

Investitionen britischer Unternehmen in der EU fallen nach dem Austritt des Landes nur noch unter den Schutzbereich der Kapital

verkehrsfreiheit und sind nicht mehr vom Beschränkungsverbot der übrigen Grundfreiheiten umfasst. Damit verbunden ist das Risiko, dass Dividenden von in Deutschland ansässigen Tochtergesellschaften nach dem Brexit der Quellensteuer unterliegen. Bei Investitionen deutscher Unternehmen im VK könnte es demgegenüber zur Anwendung der deutschen Hinzurechnungsbesteuerung kommen, was zu steuerlichen Mehrbelastungen führen würde. Sollen schließlich nach einem harten Brexit Wirtschaftsgüter vom deutschen Stammsitz eines Unternehmens in die britische Zweigniederlassung überführt werden, gilt eine Sofortbesteuerung. Das hätte Zins- und Liquiditätsnachteile zur Folge.

Für Deutschland kann der Brexit bedeuten, dass es über international abgestimmte Harmonisierungsmaßnahmen hinaus eine eigene aktive Steuerpolitik, einschließlich niedrigerer Steuersätze, bedarf. Deutschland hat seine Unternehmensbesteuerung zuletzt im Jahr 2008 reformiert. %

Zu guter Letzt noch ein Terminhinweis in eigener Sache: Am 23. Januar 2020 veranstaltet unser Arbeitskreis Europa wieder einen Vortrag. Dieses Mal spricht Prof. Dr. Thomas Mayer, Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute mit Sitz in Köln über die Finanzpolitik der Europäischen Union. Die Veranstaltung wird abends in Dreieich stattfinden. Weitere Einzelheiten folgen.

P.S. Es wird vermutlich kein Mainstream zu hören sein. ☺



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Europäischer Rat

Europäische Staatsanwaltschaft

Am 19.09.2019 ebnete der Rat den Weg der 46-Jährigen Rumänin an die Spitze der geplanten Europäischen Staatsanwaltschaft. Die Botschafter der 22 beteiligten EU-Länder sprachen sich mit großer Mehrheit für die ehemalige Chefin der rumänischen Anti-Korruptionsbehörde aus. In einer geheimen Abstimmung votierten 17 von ihnen für Frau Kövesi. Daraufhin einigten sich am 24.09.2019 die Verhandlungsteams des Rats und des Parlaments auf die Ernennung von Frau Kövesi. Damit hat das monatelange „Tauziehen“ zwischen Rat und Europäischem Parlament (EP) ein Ende. Nach Art. 14 der EuStA-Verordnung wird der Europäische Generalstaatsanwalt vom EP und dem Rat in gegenseitigem Einvernehmen für eine nicht verlängerbare Amtszeit von sieben Jahren ernannt. Der Rat hatte bislang für den Franzosen Jean-François Bohnert geworben. Das EP bestand jedoch auf Frau Kövesi. Ihre eigene Regierung hatte ihre Kandidatur nicht unterstützt. Dritter Bewerber ist Andrés Ritter aus Deutschland.

Formal muss die Personalie noch von EP und Rat formell angenommen werden. Der Rat plant einen entsprechenden Beschluss am 14./15.10.2019 zu fassen.

Die Europäische Staatsanwaltschaft soll ab Ende 2020 ihre Arbeit aufnehmen und als unabhängige Strafverfolgungsbehörde bei Finanzdelikten zum Nachteil des EU-Haushalts ermitteln. 22 EU-Mitgliedstaaten wollen sich daran beteiligen, darunter auch Deutschland. Schweden, Ungarn, Polen,

Irland und Dänemark wollen sich derzeit nicht beteiligen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_19_5769

Bericht aus dem Verkehrsrat am 20.9.19

Am 20.09.2019 fand eine Sitzung des Rats für Verkehr, Telekommunikation und Energie (TTE) in Brüssel statt. Im Mittelpunkt stand eine Orientierungsaussprache zur Mitteilung der Kommission vom 28.11.2018 „Ein sauberer Planet für alle“. Auf den Verkehrssektor entfallen rund ein Viertel der Treibhausgasemissionen der EU. Zur Erreichung des Ziels der Klimaneutralität der EU bis 2050 gemäß der Strategischen Agenda (2019 - 2024) erörterten die Verkehrsminister verschiedene Maßnahmen, die sich anhand der nachfolgenden Verkehrsträger orientierten:

Landverkehr: Insgesamt gehen 70 % der gesamten verkehrsbedingten Treibhausgasemissionen in der EU-28 auf den Straßenverkehr zurück. Bei deren Reduktion spielen nachhaltige Verkehrsangebote wie der Öffentliche Personennahverkehr, Fahrradwege und Car-Sharing eine zentrale Rolle. Die Verkehrsminister betonten die Wichtigkeit alternativer Kraftstoffe und der Ausbau der Infrastruktur für Elektromobilität. Hierfür sollen entsprechende finanzielle Mittel durch die EU etwa über die Fazilität „Europa verbinden“ (CEF) zur Verfügung gestellt werden. Weitere Handlungsfelder sind die Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene sowie eine bessere Verkehrssteuerung durch Digitalisierung und Automatisierung. Darüber hinaus wurde von einigen Mitgliedstaaten die beson



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

dere Bedeutung sozialer Aspekte hervorgehoben.

Darüber hinaus verwiesen die Verkehrsminister auf bestehende EU-Gesetzesinitiativen, wie CO₂-Emissionsnormen für leichte und schwere Nutzfahrzeuge, Aerodynamisches Design von Lastkraftwagen und Quoten für emissionsarme Fahrzeuge bei der öffentlichen Beschaffung. Daneben wurde die Überarbeitung der Eurovignette-Richtlinie, die nach dem Benutzer-/Verursacherprinzip eine Möglichkeit zur Umstellung von einem zeit- auf ein entfernungsabhängiges Mautsystem vorsieht, kritisch diskutiert. Ferner erörterten die Minister, wie sich durch eine Änderung der geltenden Kabotageregelungen Leerfahrten von Lkw verhindern ließen.

Luftverkehr: Auf den Luftverkehr entfallen etwa 3,6 % der Emissionen in der EU. Die Verkehrsminister hoben die große Bedeutung des Mechanismus zum Ausgleich und zur Reduzierung von Emissionen im internationalen Luftverkehr (CORSIA) hervor. Zudem sprachen sich einige Delegationen für die Einbeziehung der Luftfahrt in das Emissionshandelssystem der EU (EHS) aus. Auch für den Luftverkehr wurde die Wichtigkeit alternativer Kraftstoffe sowie Investitionen in deren Entwicklung betont. Zwischen den Ministern umstritten war die Idee einer Einführung einer Kerosinsteuer, die sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Flugverkehrswirtschaft auswirken könnte. Ferner unterstützen einige Delegationen eine Stärkung der Schiene, um Kurzstreckenflüge zu vermeiden.

Seeverkehr: Auf den internationalen Seeverkehr entfallen rund 2,5 % der weltweiten Treibhausgasemissionen. Die Verkehrsminister hoben die Bedeutung der Internationalen Seeschiffahrts-Organisation (IMO) für die

Umsetzung der Dekarbonisierung hervor. Eine Einbeziehung des Sektors in das Emissionshandelssystem der EU (EHS) wurde von einigen Delegationen kritisch gesehen. Ähnlich wie im Luftverkehr solle die Forschung an alternativen Kraftstoffen vorangebracht werden. Zu wichtigen Maßnahmen zählen u. a. eine Steigerung der Energieeffizienz, Digitalisierung, Elektrifizierung und eine Geschwindigkeitsoptimierung. Dabei wurde von einigen Delegationen auf die Unterscheidung zwischen Seeverkehr und Schifffahrt auf Binnenwasserstraßen hingewiesen. Ferner solle zur Verbesserung der Effizienz in Häfen und entlang der Transportketten beigetragen werden.

Die finnische EU-Ratspräsidentschaft möchte die Ergebnisse des Verkehrsrates sowie aus der UN-Generalversammlung vom 23.09.2019 - 26.09.2019 in New York für die neue Kommission bis Ende des Jahres aufbereiten. Hieraus können neue Gesetzesinitiativen im Rahmen einer langfristigen EU-Klimastrategie resultieren.

Pressemitteilung des Rates:

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2019/09/20/>



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Europäische Kommission

Europäischer Fiskalausschuss will mehr Staatsausgaben ermöglichen

In seinem Bericht vom 11.09.2019 empfiehlt der Europäische Fiskalausschuss (EFA) ein unabhängiges Beratungsgremium der Kommission, eine sogenannte „goldene“ Fiskalregel in den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) aufzunehmen. Dadurch würden bei der Bewertung der nationalen Staatshaushalte Ausgaben der Mitgliedstaaten für ko-finanzierte EU-Projekte nicht mehr berücksichtigt. Im Ergebnis könnten die Mitgliedstaaten daher künftig höhere Staatsausgaben tätigen, als dies der SWP bislang zulässt. Laut EFA könnten so niedrige Zinsen genutzt und z. B. in eine umweltfreundliche Wirtschaft oder den digitalen Wandel investiert werden.

Der Vorschlag konnte bis jetzt keine eindeutige Mehrheit der Mitgliedstaaten überzeugen. Zwar fordern auch die Europäische Zentralbank (EZB) und einige Mitgliedstaaten nachdrücklich, öffentliche Ausgaben zu steigern und damit das Risiko erneuter Rezession zu verringern. Dies richtet sich insbesondere an Deutschland und die Niederlande. Insgesamt sind die Mitgliedstaaten aber uneins, wie mit den EU-Fiskalregelungen umzugehen ist. Einige Länder, z. B. die Niederlande, kritisieren die Umsetzung der Vorschriften. Andere befürworten mehr Investitionen, lehnen aber eine vollständige Überprüfung des SWP ab.

Der EFA-Vorschlag ist Teil der Überarbeitung der sogenannten „Two-Pack“ und „Six-Pack-Regelungen“, also der Anpassungen des SWP zur Stärkung der haus-

halts- und wirtschaftspolitischen Überwachung von 2011 und 2013, die die Kommission bis Ende 2019 abschließen soll. Schon 2015 hatte die Kommission eine Investitionsklausel eingeführt, um Investitionen zu erleichtern und die Wiederbelebung der Wirtschaft zu fördern.

Großer Befürworter einer „goldenen“ Fiskalregel für mehr Investitionen ist der neue italienische Wirtschafts- und Finanzminister Roberto Gualtieri (Partito Democratico/Sozialdemokraten) in der Koalitionsregierung mit dem „Movimento 5 Stelle“ (Fünf-Sterne-Bewegung). bis vor Kurzem langjähriger Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments. Zugleich halbiert laut aktuellen Medienberichten die neue italienische Regierung ihre Wachstumsprognosen für 2019 wie auch für 2020: Für das laufende Jahr rechnet sie lediglich noch mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) um 0,1 % und für nächstes Jahr um 0,4 %. Im April hatte die vorherige Regierung aus Movimento 5 Stelle und Lega Nord noch einen BIPZuwachs von 0,2 % für 2019 und von 0,8 % für 2020 prognostiziert. Diese Schätzungen bilden die Basis für die nationale Haushaltsplanung, die am 15.10.2019 der Kommission zur Prüfung vorzulegen ist. https://ec.europa.eu/info/publications/assessment-eu-fiscal-rules-focus-six-and-two-pack-legislation_de

Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments lehnt zwei Kommissionskandidaten ab

Der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments hat am 26.09.2019 zwei Kandi-



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

daten für die zukünftige EU-Kommission der designierten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorerst gestoppt. Der Ausschuss ließ die Rumänin Rovana Plumb und den Ungarn Laszlo Trocsanyi nicht zur Anhörung im EP zu.

Es gebe finanzielle Interessenkonflikte, hieß es. Bei Plumb ging es um Kredite in Höhe von fast 1 Mio. ", bei Trocsanyi um die Tätigkeit seiner Anwaltskanzlei zu seiner Zeit als Justizminister. Die Details im Einzelnen:

" Gegen Plumb, die in von der Leyens Team für das Verkehrsressort vorgesehen war, votierten insgesamt 15 Ausschussmitglieder, für sie sechs, zwei enthielten sich. Die mehrfache rumänische Ministerin soll für eine Regierungsentscheidung zugunsten einer Firma verantwortlich sein, die dem langjährigen Parteichef der Sozialdemokraten, Liviu Dragnea, nahestand. Dragnea musste inzwischen wegen einer Affäre um Scheinbeschäftigung eine Haftstrafe antreten.

" Nach Plumb wurde auch der ungarische EU-Kommissarsanwärter Trocsanyi in einer Anhörung des Rechtsausschusses abgelehnt: Elf EU-Abgeordnete stimmten gegen ihn, neun für ihn, zwei enthielten sich. Trocsanyi war für das Ressort "Nachbarschaft und Erweiterung" vorgesehen. Hintergrund für seine Ablehnung ist das laufende EU-Strafverfahren gegen Ungarn wegen Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien, das 2018 durch das EP ausgelöst wurde, sowie ein Interessenkonflikt wegen seiner Beteiligung an einer Anwaltskanzlei.

Von der Leyens Team soll ihr Amt planmäßig am 01.11.2019 antreten. Ab kommender Woche (30.09.2019 - 08.10.2019) müssen sich die EU-Kommissare Anhörungen in den Fachausschüssen des EP stellen. Die Kommission muss dann noch vom EP als Ganzes bestätigt werden. Das Votum findet am 23.10.2019 in Straßburg statt. Dem Parlamentssprecher zufolge ist dieser Zeitplan aber nicht in Stein gemeißelt.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/juri/home.html>

Bericht zum weltweiten Agrar- und Lebensmittelhandel 2018

Die Kommission hat am 05.09.2019 ihren Bericht zum weltweiten Agrar- und Lebensmittelhandel veröffentlicht. Danach hält die EU mit Ausfuhren im Wert von 138 Mrd. EUR für 2018 auch in diesem Jahr ihre Stellung als weltweit größter Ausführender von Agrar- und Lebensmittelerzeugnissen. Landwirtschaftliche Erzeugnisse machen einen Anteil von 7% des Wertes aller 2018 aus der EU ausgeführten Waren aus und liegen nach Maschinen, sonstigen Industrieerzeugnissen und Chemikalien an vierter Stelle. Die Landwirtschaft, die Lebensmittelindustrie und die damit verbundenen Dienstleistungen bieten zusammen fast 44 Mio. Menschen in der EU eine Beschäftigung. Die fünf wichtigsten Ausfuhrziele für die Agrar- und Lebensmittelerzeugnisse sind die Vereinigten Staaten, China, die Schweiz, Japan und Russland. Auf diese entfallen 40% der EU-Ausfuhren.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/food-farming-fisheries/news/documents/agrifood-trade-2018_en.pdf

Kommission registriert die europäische Bürgerinitiative „Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise“

Am 23.09.2019 hat die Kommission die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise“ registriert. Die Organisatoren der Initiative Fridays for Future fordern die Kommission auf, die EU-Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise anzupassen, um eine maximale Erwärmung von 1,5°C nicht zu überschreiten und ambitioniertere Ziele zu setzen sowie erhöhte finanzielle Ressourcen für den Klimaschutz bereitzustellen. Dazu soll die EU ihre national festgelegten Beiträge (NDC) im Rahmen des Übereinkommens von Paris auf eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen auf 80 % bis 2030 und der Erreichung der NettoNull bis 2035 verschärfen und die europäischen Klimaregelungen dementsprechend anpassen. Des Weiteren fordert die Initiative die Einführung eines EU-Grenzausgleichssystems für CO₂, den Abschluss von Freihandelsabkommen nur mit Partnerländern, die sich gemäß der Bewertung durch den Climate Action Tracker an die Vorgabe von 1,5°C halten, und kostenloses Unterrichtsmaterial über die Auswirkungen des Klimawandels. Mit ihrem Beschluss bestätigt die Kommission die rechtliche Zulässigkeit der Bürgerinitiative, nimmt jedoch im Übrigen noch keine Bewertung des Inhalts vor. Sofern die Initiative ab 27.07.2019 innerhalb eines

Jahres eine Million Unterstützungsbekundungen aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten erhält, muss die Kommission die Initiative prüfen und binnen drei Monaten darauf reagieren. Die Kommission kann entscheiden, ob sie der Aufforderung nachkommen will oder nicht, muss ihre Entscheidung aber in jedem Fall begründen. <https://ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/ongoing/details/2019/00015?lg=de>

Bericht über die Ergebnisse des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung

Die Kommission hat am 16.09.2019 einen Bericht über die Tätigkeiten und Ergebnisse des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) in den Jahren 2017 und 2018 veröffentlicht. In diesem Zeitraum seien von 10 Mitgliedstaaten 13 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 41 Mio. eingereicht worden, die sich an mehr als 12.000 Arbeitnehmer und 1.155 junge Menschen ohne Beschäftigung, Bildung oder Ausbildung gerichtet hätten. Die meisten Arbeitnehmer seien Angaben der Kommission zufolge im Maschinen- und Anlagenbau beschäftigt gewesen, gefolgt vom Einzelhandel und dem Luftverkehr. Das Europäische Parlament (EP) und der Rat hätten im genannten Zeitraum 15 Entscheidungen zur Mobilisierung von EGF-Mitteln in Höhe von insgesamt 45,5 Mio. zur Unterstützung von 14.517 Begünstigten angenommen.

Ziel des EGF ist es allgemein Solidarität gegenüber entlassenen Arbeitnehmern, die



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

ihre Erwerbstätigkeit im Zuge unerwarteter größerer Umstrukturierungsmaßnahmen verloren haben, zu zeigen und diese mit einer großen Bandbreite an Maßnahmen zur Reintegration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. In ihrem am 30.05.2018 vorgelegten Vorschlag für den EGF nach dem Jahre 2020 hatte die Kommission u. a. vorgeschlagen, die Nutzung des EGF auszuweiten mit dem Ziel, mehr Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, zu unterstützen. Daher soll der EGF zukünftig den Arbeitnehmern nicht nur im Falle größerer struktureller Veränderungen im Welt-handelsgefüge aufgrund der Globalisierung und einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise, sondern auch aus anderen Gründen wie Automatisierung, Digitalisierung oder Übergang zur CO2-armen Wirtschaft Unterstützung bieten.

Zuletzt schlug die Kommission am 04.09.2019 als Notfallmaßnahme im Falle eines No-Deal Brexit vor, dass Mittel aus dem EGF in der noch laufenden Periode auch zur Verfügung stehen sollen, um Unternehmen, Arbeitnehmer und Mitgliedstaaten, die von einem No-Deal-Szenario am stärksten betroffen sind, zu unterstützen.

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=89&furtherNews=yes&newsId=9462>

Eurostat

Jährliche Inflationsrate im Euroraum auf 1,0% gesunken und in der EU auf 1,4% zurückgegangen

Das statistische Amt der EU (Eurostat) teilte am 19.08.2019 mit, dass die jährliche Infla-

tionsrate im Euroraum im Juli 2019 bei 1,0% lag, gegenüber 1,3% im Juni. Ein Jahr zuvor hatte sie 2,2% betragen. Die jährliche Inflationsrate in der EU lag im Juli 2019 bei 1,4% gegenüber 1,6% im Juni. Ein Jahr zuvor hatte sie 2,2% betragen. Die niedrigsten jährlichen Raten wurden in PTL (-0,7%), CYP (0,1%) und ITL (0,3%) gemessen. Die höchsten jährlichen Raten wurden in ROM (4,1%), HUN (3,3%), LET und die SLK (je 3,0%) gemessen. In DEU lag die Rate mit 1,1% unter dem Mittelwert. Im Juli kam der höchste Beitrag zur jährlichen Inflation im Euroraum von Dienstleistungen (+0,73 Prozentpunkte), gefolgt von Lebensmitteln, Alkohol und Tabak (+0,37 Prozentpunkte), Energie (+0,05 Prozentpunkte) sowie Industriegütern ohne Energie (+0,08 Prozentpunkte).

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/10072459/2-19082019-APDE.pdf/cfd909af-978e-4c11-8e36-0e6b0412fe17>



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte FDP Kreis Offenbach-Land und
OV Neu-Isenburg
Mitglied im Landesfachausschuss Internationale Po-
litik

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

